

verantwortlichen deutschen Stellen, die vom Reichspräsidenten eingeleitete Aktion weiterzuführen und nach der tatsächlichen Ablehnung der Frankfurter-Untersuchung, die dem ersten Schritt zur Aufklärung der Kriegsschuldfrage überaus wertvoll gebildet hatte, neue Mittel und Wege zu suchen, um das von Hindenburg geteilte Ziel zu erreichen. Leider fällt, wie immer bei großen Gelegenheiten nationalen Aufschwüngen, auch diesmal ein Tropfen Bitterkeit in den Reif der vaterländischen Erhebung infolge des Gebarens gewisser Vorkriegs-Feinde, die Dr. Stresemann in Genuß so drastisch geschnitten und gebrandmarkt hat. Ein Berliner Blatt dieser Richtung hat nämlich die Strafe zu erklären, am Kriegsende durch die Kaiserliche Regierung von 1914 Schuld, auch die Regierung Kaiser Wilhelms II. und er selbst; insbesondere sei das schändliche Ultimatum Österreichs an Serbien, das nach dem Besenitz österreichischer Staatsmänner Serbien zum Kriege zwingen sollte, von den deutschen Staatsmännern unterstützt worden. Es ist wahrhaft skandalös, daß dieselben Wahrheitswidrigkeiten noch immer neu aufgewärmt werden, nachdem der wirkliche Tatbestand in dem großen deutschen Aktienwerk über die Ursachen des Krieges längst zum geschichtlichen Gemeingut geworden ist. Nach dieser Leistung darf man gespannt darauf sein, wie sich der im gleichen Fahrwasser segelnde Teil der deutschen Vorkriegs-Feinde gegenüber der Rundgebung Hindenburgs verhalten wird. Die ersten Mordproben haben bereits das Licht der Öffentlichkeit erblickt. Es wird bemängelt, daß Dr. Stresemann bei der Rede nicht zugegen gewesen sei, und es wird die hässliche Frage gestellt, „wer den Reichspräsidenten beraten habe“. Hindenburg weiß selbst ganz genau, was er zu tun und zu lassen hat, und ist von vollster Verfassungstreue. Eine authentische Feststellung, daß die Regierung einschließlich des Außenministers von der Rede unterrichtet war, ist denn auch umgehend erfolgt. Die Sehnsucht Hindenburgs ist die geschlossene deutsche Volksgemeinschaft in allen nationalen Fragen ohne Unterschied der Partei. Und nun muß der große Reichspräsident erleben, daß sogar bei dieser Gelegenheit, die das nationale Denken und Empfinden in seinem Lebensnerv berührt, ihm von den unheilbaren Internationalisten Steine in den Weg geworfen werden! Doch auch hier wird das Erwachen Deutschlands seine Früchte tragen. Wir dürfen hoffen, daß die Zeit nicht mehr fern ist, wo das nationale

Ehrgefühl in Deutschland allgemein eine solche Stärkung erfahren hat, daß Elemente, welche die vaterländische Ehre in den Staub ziehen, sich nicht mehr öffentlich hervorwagen können, sondern sich in dem stilleren Winkel verkrühen müssen, wohin sie gehören.

Hindenburgs Bedrüb gegen die Kriegsschuldfrage ist zu allem Überdritt gegen die erstgenannten Vorkriegs-Feinde, die in Genuß durch den französischen Nationalen Paul Boncour im Zusammenhang mit der vaterländischen Wiederbelebung des Genfer Protokolls angezogen worden sind, um die Abklärung der Kriegsschuldfrage zu verhindern und Deutschland in ewiger Entschuldigungs- und Verwirrung zu halten. Den Gipfel dreifacher Entstellung der Wahrheit bilden bei diesen Erdbeben die offizielle Propaganda und die Behauptung, daß Deutschland der Vater aller Österrömer in der Abklärungfrage sei. Demgegenüber hat Graf Apponyi mit erfreulichem Nachdruck den deutschen Standpunkt scharf herausgehoben durch die Betonung, daß die französische Auffassung von der Verantwortung der Sicherheit gegenüber der Abklärung unhaltbar sei; vielmehr sei die Abklärung das erste, aus dem die Sicherheit als zweites geboren werde. Außerdem sind ja auch jetzt schon alle möglichen Garantien der Sicherheit durch Verträge, Schiedsverträge und internationale Schiedsgerichtshöfe gegeben, so daß man wirklich nicht einsehen kann, was nach dieser Richtung noch mehr getan werden soll. Wenn trotzdem der Friede noch immer mehr oder minder schweren Bedrohungen ausgesetzt ist, so liegt das an dem vom Grafen Apponyi in Genf festgestellten Kernpunkte, daß die Verfallter und sonstigen Gewalttäter mit ihrer Kriegsschuldfrage als Unterbau die Ehre und die Moral der Völker dauernd belasten und vergiften. Es gibt nur eine Formel, die hier gründliche Abhilfe schaffen kann. Sie heißt: Revision der Friedensverträge und offizieller Widerruf der Kriegsschuldfrage. Auf dieses Ziel muß die deutsche auswärtige Politik unermüdet eingeeißelt sein. Das ist der realpolitische Sinn des großen Tannenberger Erlebnisses, und dieser Sinn kann nicht stärker unterdrückt werden als durch die Tatsache, daß jetzt in der englischen und der französischen Presse offen zugegeben wird, die Kriegsschuldfrage sei die moralische Grundlage des Verfallter Vertrages, und mit ihrer Erschütterung lasse das ganze Vertragsgebäude zusammenfallen.

Ein „Germania“-Kommentar und die Demokraten.

(Zusammenfassung unserer Berliner Korrespondenz.)

Berlin, 19. Sept. Die kurze, dafür aber von Bedeutung vollere Rede des Reichspräsidenten am Tannenberger Denkmal hatte das Berliner Zentrumorgan, die „Germania“, zum Anlaß folgender Besprechungen genommen. Nach Aussagen aus Paris hat das die Rede des Reichspräsidenten das „große Aufsehen“ hervorgerufen. „Wasum eigentlich? Der Voincaré ist in Berlin, eben Sonntag von Paris zu Paris gegangen und hat dort in der Öffentlichkeit die Rede gehalten, die wahrlich nicht den Frieden dient. Gerade er behauptet das schärfste Interesse daran, daß die Teile von der Kriegsschuld Deutschlands zurückgehalten werden. Auf die Unhaltbarkeit und Ungerechtigkeit dieser falschen Anklage hat der Reichspräsident mit Nachdruck hingewiesen und abgewehrt, mehr nicht. Einige Blätter hatten angeklagt, daß die Rede Hindenburgs den Verlauf einer großen Aktion in der Kriegsschuldfrage herbeiführen würde. Der Wortlaut der Rede des Reichspräsidenten zeigt indessen, daß davon nicht die Rede sein kann. Hindenburg wollte die Gelegenheit benutzen, von sichbarer Stelle aus zu betonen, daß Deutschland den Spruch von Versailles nicht als einen gerechten Urteilspruch anerkennen kann, und was er nach dieser Richtung sagte, ist längst Überzeugung des gesamten deutschen Volkes und aller nicht mehr in der Kriegsschuldfrage befangenen urteilsfähigen Leute im Auslande. Die „Germania“ erklärt dann weiter, daß man es doch Deutschland, wenn die andern Mächte, vor allem Frankreich, immer wieder von der Schuld Deutschlands als einer feststehenden Tatsache sprechen, nicht verhehlen könne, wenn es durch den Mund seines ersten Repräsentanten dagegen Verwahrung einlegt und zum Ausdruck bringen läßt, daß es sich mit dem Urteil eines parteiischen Gerichtshofes und mit der Propaganda für dieses Privat Urteil nicht abfindet.

Zu diesen Auslassungen der „Germania“ erklärt das demokratische „Berliner Tageblatt“, daß man diesem Kommentar zustimmen könne. Kurz zuvor hatte das gleiche demokratische Organ erklärt, daß Reden, wie diejenige Hindenburgs, für das Bestreben nach unparteilicher Untersuchung nur erschwerend und hinderlich seien. Nachdem das Berliner Zentrumorgan der Rede Hindenburgs aber die Auslegung gegeben hat, die die Rede Hindenburgs in allen Punkten unterstreicht, erklärt sich das demokratische Organ beschiedigt. Ein bezeichnendes Beispiel für die Art, mit der die Linke Kritik übt.

Ungarn besteht auf seinem Recht.

Fortsetzung der Ratsdebatten.

Genf, 19. Sept. Der Völkerbundrat trat heute vormittag um 11 Uhr zur Weiterberatung des ungarisch-rumänischen Streitfalles zusammen. Als erster Redner wies der italienische Delegierte Scialoja darauf hin, daß der Rat nach Artikel 11 des Völkerbundespatentes die Pflicht habe, im Falle der Gefahr eines internationalen Konfliktes alle Mittel zur Regelung des Streitfalles anzuwenden. Er sei deshalb in dem gegenwärtigen Streit verpflichtet, zunächst Vorschläge zur Einigung der Parteien zu machen. Dem Rat ständen keine Sanktionsdrohungen zur Verfügung. Der Redner stimmte den Empfehlungen des Ratskomitees in einzelnen Teilen zu, lehnte jedoch die Vorschläge ab, die das Komitee für den Fall einer Nichteinigung der Parteien vorschlägt. Die Einholung eines Rechtsgutachtens des Daager Schiedsgerichtshofes sei empfehlenswert.

Sodann machte der Präsident des Völkerbundesrats, Billegas, einen Einigungsvorschlag. Der Rat wolle die juristischen Empfehlungen des Ratskomitees annehmen und die beiden Streitenden Delegationen auffordern, ihren Regierungen diese Empfehlungen als Grundlage für die Aufnahme von Verhandlungen zu empfehlen. Die beiden Regierungen sollen bis zur Dezembertagung zu den juristischen Empfehlungen des Rates Stellung nehmen und ihren Standpunkt durch Vermittlung des Völkerbundesekretariats dem Ratsmitgliedern zur Kenntnis bringen. Falls bis zum Dezember eine Einigung zwischen den beiden Parteien nicht anzuhande kommt, soll der Rat auf seiner Tagung in eine neue Prüfung des Streitfalles eintreten.

Der ungarische Delegierte Graf Apponyi

legte noch einmal in großen Zügen den Standpunkt der ungarischen Regierung dar. Er erklärte, daß es ihm trotz ernsthafter Prüfung nicht möglich sei, die Empfehlungen des Ratskomitees anzunehmen. Er kenne nicht die Verhandlungen, die dem Gutachten des Ratskomitees zugrunde lägen, und läge darin einen Akt der Geheimdiplomatie, der den Grundgedanken des Völkerbundes zuwiderläufe. Der Rechtsgrundgedanke des Ratskomitees, der keine Unterscheidung zwischen den Ausländern und Inländern bei den Entscheidungsmassnahmen vorsieht, entspreche dem Standpunkt der Sowjetregierung, die bei der entscheidungslosen Entgegnung des gesamten Grundgedankens auf die Stellungnahme der Ausländer keine Rücksicht genommen habe. Die Moskauer Regierung werde zweifellos den Standpunkt des Rates als Unterstützung ihrer Entscheidungsmassnahmen auffassen.

Der Friede Europas sei durch diesen Konflikt nicht bedroht.

Es gebe Differenzen zwischen Ungarn und Rumänien, die aus den Bestimmungen des Vertrages von Trianon herrührten, jedoch seien die Beziehungen zwischen den Ländern gegenwärtig korrekter Art. Der Redner betonte, der Vertrag von Trianon gewähre den ungarischen Opfern Rechte, die durch feinerliche nationale Gesetzgebung abgeändert werden könnten.

Außenminister Chamberlain besagte sich im weiteren Verlauf der Sitzung in bitteren Ausdrücken über die unannehmliche Haltung der ungarischen Delegation. Während der rumänische Delegierte die Vorschläge des Ratskomitees angenommen habe, habe der ungarische Delegierte nicht einen Zoll breit Entgegenkommen gezeigt.

Zu Beginn der Nachmittagsitzung machte Graf Apponyi zunächst einige Einwendungen gegen die von Chamberlain erhobenen Vorwürfe in Bezug auf eine allzu intrinsigente Haltung Ungarns. Schon der Vorschlag einer Anrufung des Daager Internationalen Gerichtshofes stelle einen Verzicht Ungarns auf einen Teil seines Erfolges bei dem Schiedsgericht dar, und überdies handle es im Interesse und im Namen der Zivilisierten, habe also keine volle Freiheit. Er betonte, daß er auf seine Verantwortung weitgehende materielle Konzessionen an Rumänien in Aussicht gestellt habe, sofern der juristische Grundgedanke gewahrt werde.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann

betonte, daß der nunmehr vorliegende Vorschlag in zwei Teile zerfalle. Im ersten werde die Annahme des Berichtes des Dreierkomitees verlangt, der mit einer Empfehlung an die Parteien schließe. Im zweiten Teil sei nunmehr darüber zu befinden, daß die beiden interessierten Mächte Gelegenheit bekommen sollten, den Inhalt der vorerwähnten Empfehlungen durch ihre Regierungen prüfen und das Ergebnis in der Dezembertagung dem Rat vorlegen sollen.

In sehr erregtem, fast schreielendem Tone wiederholte sodann der rumänische Außenminister Titulescu seine bereits am Sonnabend vorgebrachten Anschuldigungen gegen Ungarn. Er behauptete, daß Ungarn jetzt dasjenige fordere, was es durch die Friedensverträge nicht erhalten habe. Es handele sich bei dem ungarischen Vorgehen um einen Verstoß, die rumänische Annexionen zu sabotieren. Ungarn suche eine Gelegenheit, um das ganze Wiederaufbauproblem neu aufzurollen. Die in Rumänien nach sechsjähriger Arbeit geschaffene Ordnung würde durch die ungarischen Forderungen gefährdet.

Nachmittags 4,30 Uhr fiel dann im Völkerbundrat die Entscheidung im rumänisch-ungarischen Konflikt mit der Vertagung bis zu der Dezembersession.

Das ist in der Form geschehen, daß der Rat einstimmig, jedoch mit Stimmenthaltung der beiden Parteien, den ersten Teil des Vorschlages des Dreierkomitees mit einer Erläuterung des Präsidenten Billegas angenommen hat, die diesem Teil den Charakter einer Empfehlung an die beiden Streitenden Parteien verleiht.

Man rechnet damit, daß die Tagung des Völkerbundes am 29. oder 30. September zum Abschluß kommen wird. Nach den bisherigen Dispositionen wird der Reichsaußenminister Dr. Stresemann und voraussichtlich auch Briand bis zum Schluß der Tagung in Genf bleiben.

Ein schwedischer Antrag zur Handelspolitik.

Durchführung der Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz.

Genf, 19. Sept. In der zweiten Kommission für Wirtschaftspolitik brachte heute der schwedische Delegierte A. H. S. in Minister Loesars einen Entschuldigungsantrag ein, nach dem die Vollversammlung den Mitgliedern des Völkerbundes die Durchführung der Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz in Bezug auf die Zolltarife und Handelsvertragspolitik empfehle, und zwar auf dem Wege des Kollektivkonventionen, die in erster Linie die Anspendung der Reichsanfertigungsindustrie sichern sollen. (Z. 1.)

Bandverleihe vor dem Ministerrat.

Keine völlige Billigung seiner Genfer Haltung?

Brüssel, 19. Sept. Ueber den heutigen Ministerrat ist folgendes offizielle Komunique ausgegeben worden: Der Ministerrat hat die Erklärungen Bandverleihs in Bezug auf die Ablehnung der Wiederwählbarkeit Belgians in den Völkerbund entgegengenommen, sowie seinen Bericht über die verschiedenen Besprechungen mit den Außenministern. Nach längerer Aussprache wurde eine Entschließung angenommen, in der erklärt wurde, daß der Ministerrat die Erklärungen Bandverleihs zur Kenntnis genommen hat und seine wirksamen Bemerkungen bei den anderen Außenministern beglückwünscht werden. Der Ministerrat billigt außerdem die Erklärungen, die Bandverleihe nach dem Wahlgang in Genf für die belgische Regierung abgab.

Es wird hier viel bemerkt, daß dieses Komunique keine völlige Billigung der Haltung Bandverleihs enthält, insbesondere auch nicht der ersten Rede, die Bandverleihe bei der allgemeinen Debatte in Genf gehalten hat. Wie von unabhängiger Stelle bekanntgegeben wird, hat Dr. Stresemann und Bandverleihe übereingekommen, die Enquete über die Frankfurterfrage nicht stattfinden zu lassen.

Es wird außerdem als wahrscheinlich bezeichnet, daß zwischen dem belgischen Außenminister und dem holländischen Außenminister Uebereinkommen dahin erzielt worden ist, daß die Besprechungen in der Selbstbefragung wieder aufgenommen werden sollen. (Z. 1.)

Rundgebung christlicher Verbände.

Minister Dr. Roth über den völkernationalen Staat.

Narmen, 19. Sept. Die christlichen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände, sowie eine Reihe konfessioneller Vereine veranstalteten auf der Bundeshöhe eine starkbesuchte Kundgebung zur Betonung des sozialen und christlichen Gedankens. Der Reichsvereinsführer Dr. Roth sprach über den deutschen völkernationalen Staat und führte dabei u. a. aus: Die angestrebten politischen und sozialen Bestrebungen beweisen ein Ringen nach einer Neugestaltung. Wir stehen vor schweren Kämpfen auf sozialem und kulturellem Gebiete. Aber die ererbte Einheit muß nicht nur politisch, sondern auch kulturell und sozial erreicht werden. Der deutsche Staat wird erst dann wieder zu einer machtvollen Einheit, wenn wir in voller Freiheit unserer Arbeit nachgehen können und wenn es uns wieder möglich ist, in Freiheit und selbst zu regieren.

Viktor Giesmann sprach über „Moderne Welt — Moderner Glaube“. Ministerpräsident v. Dr. Siegel forderte in seiner Ansprache „Deutsche Not — Sozialer Wille“ vor allem weitere Maßnahmen auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt und in der Frage der industriellen Arbeit der verheirateten Frauen. Die Arbeiterkassen müsse entproletarisieren werden. Im übrigen lehnte Siegelwold das übermäßige Auftreten der öffentlichen Wirtschaft ab und sprach sich für eine weitere Förderung des Genossenschaftsgedankens und der Selbsthilfe aus. (W. T. B.)

„Journal“ hegt gegen die deutsche Gehalts-erhöhung.

Paris, 19. Sept. Einen Beitrag zur französischen Volkspolitik liefert das „Journal“, indem es Meldungen über die Erhöhung der Beamtengehälter in Deutschland mit der Nachschrift versehen: „Wo richtet der Dames-Plan Deutschland leinweg zugrunde. Es bezahlt seine Beamten besser als Frankreich.“ Das es gerade die Folgen des Dames-Plans sind, die eine Verteuerung des Lebens in Deutschland hervorgerufen, wird aus selbst begreiflichen Gründen natürlich verschwiegen.

General Hene reist nach Amerika.

Berlin, 19. Sept. Zeitungsnachrichten, daß der Chef der Deeresleitung, General Hene, auf Einladung der amerikanischen Regierung demnächst nach den Vereinigten Staaten reisen wird, entspricht, wie von unrichtiger Seite festgestellt wird, insofern nicht den Tatsachen, als General Hene keine derartige Einladung erhalten hat. Er wird vielmehr Anfang Oktober nach Beendigung der Wanderversammlung zu einer privaten Reise nach Amerika denken. Ob in den Vereinigten Staaten irgendeine Aufnahme mit Regierungstiteln erfolgen wird, ist noch völlig ungewiß.

Entlassungsgeheim des Generals Reinhardt.

Berlin, 19. Sept. Wie die „Voss. Ztg.“ aus Stuttgart meldet, hat General Reinhardt, der Oberbefehlshaber des Westkreises Rassel, sein Abschiedsgesuch eingereicht. Der Reichswehrminister zurzeit von Berlin abwesend sei und auch dem Reichspräsidenten das Abschiedsgesuch noch nicht habe vorgelegt werden können, sei eine endgültige Entscheidung noch nicht gefallen, es sei jedoch anzunehmen, daß das Abschiedsgesuch genehmigt werde.

Der Präsident von Liberia in Berlin.

Berlin, 19. Sept. Der Präsident der Republik Liberia, R. N. S., trat nachmittags auf dem Bahnhof ein. Einige Herren des auswärtigen Amtes empfingen ihn im Namen des Reichspräsidenten. Abend gab der Reichspräsident zu Ehren des Präsidenten ein Diner. (Z. 1.)

Der Sejm nimmt den Kampf mit Pilsudski auf.

Pilsudski gedenkt mit dem Sejm nicht zu spahen!

Warschau, 19. Sept. Die heutige Sejmung zeigte, daß der polnische Landtag entschlossen war, den Versuch zu unternehmen, mit der Regierung des Marschalls Pilsudski den Kampf aufzunehmen. Das Pressekongress und die Verordnung des Staatspräsidenten gegen die Verbreitung von Falschmeldungen wurden einstimmig abgelehnt. Von nationaldemokratischer Seite wurde sogar ein Antrag eingebracht, der der Regierung Vollmacht zu erteilen wünscht. Die Regierung selbst hielt sich noch in Stillschweigen. Zur heutigen Sitzung ist wiederum kein Regierungsvertreter erschienen. Marschall Pilsudski weist zurzeit im Andoort Trushtitski, doch soll er in den nächsten Tagen hier eintreffen. Für die gegenwärtige Lage ist das Wort charakteristisch, das Marschall Pilsudski dem Vizepräsidenten Barisiel gegenüber fallen ließ, wonach er mit dem Sejm nicht zu spahen gedenke.

Vorstoß gegen Polens Prügelstern im Sejm.

Warschau, 19. Sept. Der Nationaldemokratische Volksverband brachte zur heutigen Sejmung eine Interpellation ein, in der die Regierung aufgefordert wird, dem Terrorstern, welches zurzeit in Polen ausgeübt wird, ein Ende zu bereiten. In der Begründung weisen die Antragsteller darauf hin, daß bis jetzt auf zwei Oppositionelle und vier Redakteure Ueberfälle verübt worden sind. Die Inter-

pellation erinnert dann noch an den Fall des früheren Finanzministers Jostkowski, der in seiner Wohnung von Offizieren überfallen und verprügelt worden sei, und an das unglücklich erklärte Verschwinden des Generals Jagorcki.

Weiter brachten die Nationaldemokraten ein Mißtrauensvotum gegen den Unterrichtsminister Dobrocki ein, wobei seiner bekannten Sprachenverordnung, wonach den Minderheitschulen und der Minderheitspartei eine Reihe von Zugeständnissen gemacht worden sind. (W. T. B.)

Belgisch-französische Militärrallianz.

Paris, 19. Sept. Der Brüsseler Vertreter des „Journal des Debats“ will auf Grund von Erkundigungen bei durchaus zuverlässigen Quellen wissen, daß zwischen dem belgischen und dem französischen Generalstab nunmehr eine völlige Uebereinkunft erzielt worden sei. Die belgische Kommission, die damit beauftragt sei, die Anwendung des Verteidigungsplans zu prüfen, habe, wie das Komitee Guillaume in Frankreich, Beschlüsse gefaßt, deren erster sich auf die Schaffung eines neuen Elements der Kampfkraft, in der Artillerie, beziehe. Die Kommission habe weiter beschlossen, das Verteidigungssystem für das belgische Territorium darauf anzuwenden, das französische System anzupassen, daß die Verteidigungsanlagen in Belgien die Fortsetzung der französischen Verteidigungslinie darstellen. Aus derselben Quelle verfährt man, der belgische Generalstab wehre sich kategorisch gegen die von den Sozialisten vorgeschlagene Herabsetzung der Militärausgaben auf sechs Monate. (Z. 1.)